

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 spbn d

Inhalt

Volker Hauff MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, zur Einführung abgasentgifteter Autos: Termin steht in den Sternen.
Seite 1

Wolfgang Clement, Vorstandssprecher der SPD, dokumentiert an Hand einer ungehaltenen Dregger-Rede das "roll back" der Union in die "ostpolitische Steinzeit": Kohl kann nichts aufhalten.
Seite 3

Heidemarie Wiczorek-Zeul MdEP, Mitglied des SPD-Vorstandes, nimmt Stellung zum Menschennetz im Fulda-Gap: Symbol der Friedfertigkeit.
Seite 5

Klaus Wettig MdEP, Mitglied des Landwirtschaftsausschusses des Europäischen Parlaments, befaßt sich mit der Situation der Bauern auf Grund der Kiechle-Politik: Ein Anti-Erntedankfest.
Seite 6

39. Jahrgang / 187

27. September 1984

Klar ist nur die Undeutlichkeit

Die generelle Einführung abgasentgifteter Autos ab 1989 steht in den Sternen

Von Volker Hauff MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Die Lawine des Zweifels, daß die Bundesregierung das abgasentgiftete Auto tatsächlich ab 1989 obligatorisch einführt, hat Bundeswirtschaftsminister Bangemann in der Aktuellen Stunde des Bundestages am 20. September 1984 losgetreten.

Die konservativ-liberale Bundesregierung hatte nach ihren Beratungen letzte Woche den Eindruck vermittelt, als ob 1989 auf jeden Fall eine verbindliche Regelung greifen wird. Dies ist offensichtlich aber nicht der Fall.

Es gibt viele Worte, aber keine Klarheit:

"Wir werden uns bemühen, die europäische Regelung entweder deckungsgleich mit unseren Vorstellungen zu machen oder, wenn das nicht möglich ist, für diese Vorstellungen eine Genehmigung der Europäischen Gemeinschaft zu haben, so daß wir dann einen von einer europäischen Regelung gedeckten nationalen Alleingang durchführen können."

(Wirtschaftsminister Bangemann im Bundestag am 20. September 1984)

"Die Chancen für eine europäische Regelung für das Jahr 1989 beurteilte Boenisch als 'unverändert gut'. Er nannte es allerdings eine überzogene Hoffnung, daß Herstellerländer wie Frankreich und Italien von diesem Zeitpunkt an bereits ihre gesamte Produktion auf das schadstoffarme Auto umgestellt hätten."

("Süddeutsche Zeitung" vom 22. September 1984)



Über der generellen Einführung abgasarmer Autos 1989 liegt ein undurchsichtiger Schleier. Nichts ist entschieden. Das Tempo des Waldsterbens aber wird immer schneller, wie erschreckende Zwischenergebnisse der Waldschadensinventur in Baden-Württemberg zeigen. Waren 1983 zwei Drittel der Waldfläche noch ohne erkennbare Schäden, so ist dies jetzt umgekehrt. Zwei Drittel des Waldes sind im Südwesten inzwischen erkrankt.

Wie die Bundesregierung trotz dieser wiederholten Alarmmeldungen ihre Rolle als Jongleur unerschütterlich fortsetzt und wie sie ihre halbherzig-windigen Beschlüsse als "Durchbruch für den Umweltschutz" herausputzt, das ist der Abschied der Politik von Vernunft und Verantwortung.

Einer der wenigen Politiker aus dem konservativ-liberalen Lager, der den entscheidenden Punkt erfaßt, ist Ministerpräsident Späth, wenn er darauf hinweist, daß ein verbindlicher Endtermin notfalls auch im nationalen Alleingang erreicht werden müsse und dies nach dem EWG-Vertrag auch möglich sei.

Wenn das Waldsterben und die Gesundheitsgefährdungen keine Gründe sind, den Artikel 36 des EWG-Vertrages "zum Schutz der Gesundheit und des Lebens von Menschen, Tieren oder Pflanzen" - wie es dort heißt - in Anspruch zu nehmen, was denn sonst?

Mur, Ministerpräsident Späth ist das weiße Schaf in der schwarzen Herde und hat sich im Bundesrat zwischen alle Stühle gesetzt. Seine Glaubwürdigkeit erlitt dabei eine böse Prellung. Bleibt abschließend zu fragen, warum die Begründung eines nationalen Alleingangs mit dem EWG-Vertrag erst 1989 tragfähig sein soll und nicht auch zu einem früheren Termin.

(-/27.9.1984/ks/rs)

+ + +



Herrn Dreggers ungehaltene Rede

Ein aufschlußreicher Text des Unions-Fraktionsvorsitzenden zu den deutsch-deutschen Beziehungen

Von Wolfgang Clement
Vorstandssprecher der SPD

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger hat am Dienstag, dem 25. September, um 20.00 Uhr, in Krefeld auf einer Wahlveranstaltung eine Rede gehalten - und eine hat er nicht gehalten. Bemerkenswerter ist die, die er nicht hielt.

Der Vorgang ist rasch erläutert: Herr Dregger ließ am Mittag des 25. September einen Redetext für die Presse ("Es gilt das gesprochene Wort") verteilen, den er kurz vor Beginn seines Auftritts in Krefeld durch einen anderen, erheblich gekürzten ersetzte, für den wiederum "das gesprochene Wort" galt. Die zweite Rede hielt er wirklich.

Wenn wir im folgenden auch den ersten, nicht gesprochenen, aber geschriebenen Redetext behandeln, so deshalb, weil er erheblich mehr Aufschluß gibt über die restaurative Denkweise des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, und weil er den tiefen Zwiespalt zu erhellen hilft, der innerhalb der Unionsparteien über die Deutschland- und Entspannungspolitik herrscht.

Herr Dregger läßt in diesem - der Veröffentlichung entzogenen Text - erkennen, daß es ihm im Verhältnis zum anderen deutschen Staat nicht um gute Nachbarschaft, sondern um ein Über-/Unterordnungsverhältnis geht, wie es zu Zeiten Konrad Adenauers für die "roll-back"-Politik der seinerzeitigen US-Administration charakteristisch war.

Warum Herr Dregger diesen ersten, für seine Person sicher ehrlicheren Text kassierte, liegt im Dunkel. In jedem Fall beweist die Existenz dieses Textes, daß die Gegensätze in den Unionsparteien über den künftigen Weg der Deutschland- und Ostpolitik nicht nur nicht ausgestanden sind, sondern gären und kochen, wobei der Dregger'sche Teil der Union die Fähigkeit zum neuen kalten Krieg jederzeit mitbringt.

Und das liest sich so:

Freigegebener Redetext Dreggers aus Krefeld:

"Mein Satz im "Welt"-Interview vom 23. August ("Unsere Zukunft hängt nicht davon ab, daß Herr Honecker uns die Ehre seines Besuches erweist") hat einen hysterischen Aufschrei bei der deutschen Linken und einem Teil der Medien ausgelöst. Dieser Aufschrei war ebenso würdelos, wie das wochenlange Gefrage und Geschreibe vorher ("kommt er - oder kommt er nicht?"), als ob der Messias aus Ost-Berlin erwartet würde...".

Läßt dieser Text jenen Satz, der Honeckers Besuchsabsage zumindest beförderte, wenigstens in der Vergangenheit, so enthält der zurückgezogene Text kaum einen Zweifel, daß Herr Dregger den DDR-Staatsratsvorsitzenden auch in Zukunft nicht hier sehen möchte. Zitat:

"Unsere Zukunft...Dieser schlichte Satz hat bei der SPD und einem Teil der linken Medien zu einem hysterischen Aufschrei, bei vielen Deutschen aus allen Schichten unseres Volkes jedoch zu großer Zustimmung geführt. Ich hoffe, daß dieser Satz sich



In den Hinterköpfen vieler Menschen eingeprägt, damit sich ähnliche Würdelosigkeit wie bei der Vorbereitung und Absage des Honecker-Besuches nicht wiederholen." Und: "Herr Honecker ist uns willkommen. Aber wir laufen ihm nicht nach."

Hier wird klar: Herr Dregger hat seine Meinung über den geplanten Besuch des DDR-Staatsratsvorsitzenden in der Bundesrepublik nie geändert. Seine Einwände hat er kurz vor der Absage Honeckers lediglich kaschiert. Dem Kanzler ist es eben nicht gelungen, seinen deutschlandpolitischen Widersacher an der Fraktionsspitze der Union zur Einsicht zu bringen. Die behauptete Einigkeit der beiden in den konkreten deutschen Fragen war zur Täuschung der Öffentlichkeit bestimmt, sie gibt es in Wahrheit nicht.

Doch weiter:

In seiner in Krefeld gesprochenen Rede konzidierte Herr Dregger immerhin, daß "beide Staaten in Deutschland an guten Kontakten interessiert (sind), wenn auch aus ganz unterschiedlichen Gründen", wobei es Ost-Berlin vor allem "um wirtschaftliche und finanzielle Gesichtspunkte" gehe, während die Bundesrepublik "nationale humanitäre Ziele" verfolge.

Im zurückgezogenen Text ist hingegen vom Interesse beider deutscher Staaten an guten Beziehungen keine Rede, stattdessen wird ein eindeutiges Über/Unterordnungsverhältnis zwischen der DDR und der Bundesrepublik konstruiert, und zwar - Zitat - so:

"Im wirtschaftlichen Bereich sind gute Kontakte zwischen beiden Teilen Deutschlands für die DDR wichtiger als für uns. Durch uns nimmt sie mittelbar an den Vorteilen der Europäischen Gemeinschaft teil...Wenn wir an möglichst guten Beziehungen zum anderen Teil Deutschlands interessiert sind, dann nicht weil wir sie wirtschaftlich nötig hätten..."

Die folgende Passage der Dregger-Rede gibt es nur inoffiziell, sie fehlt im gesprochenen Text ganz. Aber sie offenbart auf nachhaltigste Weise, daß der Dregger-Flügel der Union auch künftig nicht nachlassen wird, vernünftige Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten zu stören, wenn nicht zu sabotieren. Deshalb gehören auch diese Sätze an die Öffentlichkeit. Sie lauten, Zitat:

"Meinem vielzitierten Satz im "Welt"-Interview füge ich einen weiteren Satz hinzu: Auch die deutsch-deutschen und deutsch-bulgarischen Beziehungen hängen nicht vom Zustandekommen der geplanten Besuche ab. Herr Shirkow wäre ebenso gern gekommen wie Herr Honecker, aber er konnte, beziehungsweise er durfte nicht."

Diese, einen ausländischen Staatschef desavouierenden Sätze bedürfen keines Kommentars. Wer so textet, dem kann man nicht unterstellen, daß er an guter Nachbarschaft mit den osteuropäischen Staaten interessiert ist.

Die Schlußbemerkungen Dreggers können wir uns ersparen. Sie sind nach der sattsam bekannten "Freiheit-oder/statt-Sozialismus"-Melodie gestrickt ("...gibt es zur CDU/CSU schon um des Friedens und der Freiheit willen keine annehmbare Alternative"), die den politischen Gegner als Partner des Teufels auf der anderen Seite der Barriere denunzieren soll. Wie gehabt: Herr Dregger ist beim "roll back" der Union in die ostpolitische Steinzeit - und seine Redetexte beweisen, daß der Kanzler ihn bislang mitnichten aufzuhalten vermag.

(-/27.9.1984/ks/rs)

+ + +



Symbol der Friedfertigkeit
Zum "Menschennetz im Fulda-Gap"

Von Heidemarie Wiczoreck-Zeul MdEP / Mitglied des SPD-Vorstandes

Die Friedensbewegung hat im Rahmen des "Friedensherbstes '84" für den 29. September zu einem Menschennetz gegen Kriegsmanöver und zu einer Abschluß-Kundgebung in Fulda aufgerufen. Auch ich werde mich als hessische Abgeordnete an diesem Menschennetz und der Demonstration beteiligen, um damit den Protest Zehntausender gegen die militärische und logistische Vorbereitung von Atomkriegen zu unterstützen. In einer Region, die wie keine andere Schauplatz einer stetig wachsenden Militarisierung geworden ist, soll mit dieser gewaltfreien Demonstration die Betroffenheit der Bürgerinnen und Bürger zum Ausdruck gebracht, die nicht Opfer wahnwitziger Kriegsplanungen und Massenvernichtung werden wollen.

In Osthessen finden jährlich über 200 Manöver statt. Die Region ist überzogen mit Raketenstellungen, Munitionslagern für Giftgas, atomaren und konventionellen Waffen. Im Rahmen des "Unterstützungsabkommens in Krisen- und Kriegsfall" werden neue NATO-Versorgungslager errichtet. Der Truppenübungsplatz Wildflecken wird zum technisch perfektesten Schießplatz der NATO umgerüstet. 14 vorbereitete Sprengkammern an strategischen Knotenpunkten können mit Atomminen bestückt werden.

Die Bundesregierung hat sich bisher nicht deutlich gegen die neue, offensive US-Kriegsführungsstrategie gewandt, die sogenannte "Airland-Battle-Doktrin", oder Ihre Erprobung in den laufenden Manövern zurückgewiesen. Die von den USA betriebene Einführung dieser Doktrin für die gesamte NATO verschränkt den Rüstungswettlauf und erhöht die Kriegsgefahr. Diese offensive Kriegsführungsstrategie, die für einen überraschenden Angriffskrieg geeignet ist, ein integriertes Schlachtfeld mit konventionellen, chemischen und atomaren Waffen vorsieht und den Einsatz aller Waffensysteme zu einem frühen Zeitpunkt einplant, widerspricht den Beteuerungen von Politikern und Militärs, daß Massenvernichtungswaffen nur politische "Droh"-Waffen sind. In vielen Regionen wird offen der Einsatz chemischer und atomarer Waffen im Rahmen der Manöver geprobt. Es besteht im Übrigen die Gefahr, daß sich demnächst "nach Reagan" auch die Bundesregierung für die Stationierung neuer chemischer Waffen in der Bundesrepublik einsetzt. Der Bezug zur Airland-Battle-Doktrin ist unübersehbar.

Gegen diese Entwicklung richtet sich der Protest der Friedensbewegung. Die Aktion am 29. September im Raum Fulda ist zugleich Ausdruck der Solidarität mit der betroffenen Bevölkerung in Osthessen. Von der Bundesregierung wird erwartet, daß sie den Druck der USA zurückweist, die Bundeswehr in das Konzept der Airland-Battle-Doktrin einzubeziehen und es ablehnt, sich an jeder Form chemischer und atomarer Kriegsplanung zu beteiligen.

Aktionen des zivilen Ungehorsams als Ausdruck des politischen Protests und Widerstands setzen gegen eine unverantwortliche Aufrüstungspolitik symbolische und politische Zeichen und dürfen nicht diffamiert werden. Dies gilt vor allem in einem Land wie der Bundesrepublik Deutschland, in der der zivile Ungehorsam keine so anerkannte Tradition hat, wie in anderen demokratischen Ländern.

Doch gewaltfreier Widerstand und ziviler Ungehorsam sind keine Aktion um ihrer selbst Willen. Sie müssen geeignet sein, das öffentliche Bewußtsein zu schärfen für die Gefahren der konventionellen und atomaren Aufrüstung und von Offensivdoktrinen. Sie dürfen nicht als gegen Soldaten der Bundeswehr oder der NATO gerichtet empfunden werden, sondern müssen die Politik der Aufrüstung anprangern. Martin-Luther King jr. hat in den 60er Jahren in den USA wichtige Maßstäbe für Aktionen zivilen Ungehorsams gesetzt, als er die bewußte Regelverletzung und auch die Bereitschaft zu persönlicher Verfolgung und Opferbereitschaft in Kauf nahm, zugleich aber die politische Wirkung und die Einbeziehung der betroffenen Bevölkerung stets in den Vordergrund rückte. Aktionen, die diesen Grundsätzen widersprechen oder die nicht gewaltfrei und friedfertig sind, dienen nicht der politischen Auseinandersetzung mit der Aufrüstungspolitik der Bundesregierung.

Der Protest der Friedensbewegung richtet sich gegen die Regierungen, die für die Einführung neuer Waffensysteme und Militärdoktrinen verantwortlich sind. Die Stärke der Friedensbewegung liegt in ihrer Fähigkeit, auch in Zeiten wachsender politischer und militärischer Eskalation symbolische und politische Zeichen der Friedfertigkeit zu setzen.

Ein Anti-Erntedankfest

Den Landwirten ist nicht zum Feiern zumute

Von Klaus Nettig MdEP

Mitglied des Landwirtschaftsausschusses des Europäischen Parlaments

Das diesjährige Erntedankfest ist für den Bundeslandwirtschaftsminister ein "Anlaß für etwas Besinnlichkeit", ein "Grund zur Dankbarkeit und Freude über eine gute Ernte". Mit dieser Freude, so fürchte ich, steht der Minister ziemlich allein auf weiter Flur. Bei den Landwirten fliegen die Fetzen. Sie können sich über die Rekord-Getreideernte und über den immer noch kräftig fließenden Milchstrom kaum freuen. Sie bescheren Ihnen schlechte Getreidepreise und Preissenkung für jeden zuviel erzeugten Liter Milch. Bei den Landwirten steht die Stimmung also auf Sturm - zum Feiern ist ihnen sicher nicht zumute.

Den Verbrauchern geht es ähnlich. Die Agrarausgaben der Europäischen Gemeinschaft steigen weiter. Ob durch die Beschlüsse zur Ausgabenbegrenzung wirklich Geld gespart wird, ist mehr als fraglich. Vermutlich findet nur eine kosmetische Operation statt. Die Aufwendungen erscheinen zwar nicht mehr im EG-Haushalt, müssen dafür aber direkt vom Verbraucher getragen werden. Denn ein wesentliches Argument von Minister Kiechle für die Quotenregelung ist ja, daß damit weiterhin "aktive Preispolitik" (zu deutsch: weitere Preiserhöhungen) möglich bleibt. Dabei zahlen die Verbraucher in der EG ohnehin seit Jahren überhöhte Nahrungsmittelpreise; jetzt steigen sogar die Butterpreise wieder (angeblich wegen des geringer werdenden Angebots) und das bei einem EG-Butterberg von ~~mehr~~ als einer Million Tonnen.

Ganz sicher keinen Grund zum Feiern haben die Landarbeiter und ihre Familien. Da das Quotensystem große, rational wirtschaftende Betriebe besonders trifft, bringt es Landarbeiter um ihre Arbeitsplätze. Eine Reihe von Melkern hat jetzt, zum Teil nach 35- oder 40jähriger Betriebszugehörigkeit, das Kündigungsschreiben erhalten, und zwar mit der ausdrücklichen Begründung: Quotenregelung. Daß sie dann mitunter auch noch ihre Dienstwohnung verlieren, macht alles nur noch bitterer.

Die derzeitige Situation in der Landwirtschaft ist sehr schwierig, das bestreitet niemand. Nur: Genau diese Situation haben Agrarwissenschaftler und einige wenige Politiker seit fast zwei Jahrzehnten vorausgesagt, sie sind als Miesmacher abgetan und nicht ernst genommen worden. Besonders perfide ist es, wenn jetzt konservative Politi-



ker und Bauernverbandsfunktionäre der ehemaligen sozial-liberalen Regierung vorwerfen, durch ihre verfehlte Politik diesen Zustand verursacht zu haben. Wenn man der Regierung Schmidt/Genscher eines vorwerfen kann, dann nur dies, daß sie sich zu sehr dem Druck der Agrarlobby und ihrer parlamentarischen Vertreter gebeugt hat. Denn genau die Politik der unbegrenzten Mengengarantie und der ständig steigenden Garantiepreise haben diese Herren doch immer massiv gefordert und die Preisbeschlüsse waren ihnen nie hoch genug. Und diese Politik hat jetzt zu der nicht länger tragbaren Überschuss-situation geführt. Im Übrigen: Die Grundlagen dieser Politik, die entscheidenden EG-Marktordnungen, sind in einer Zeit verabschiedet worden, als die Landwirtschaftsminister der CDU/CSU angehörten. Wäre bereits 1980 die damals vom SPD-Parteivorstand beschlossene vorsichtige Preispolitik verbunden mit gezielten direkten Einkommensbeihilfen verwirklicht worden, hätte vermutlich die derzeitige Situation vermieden werden können.

Die schwere Krise des Agrarmarktes verleitet viele Politiker dazu, großartige Versprechungen zu machen und populäre Lösungen anzubieten, obwohl sie vermutlich sehr genau wissen oder zumindest wissen müßten, daß sich das Problem so nicht lösen läßt, daß sie damit den Betroffenen nur Sand in die Augen streuen. Wenn jetzt Franz Josef Strauß verkündet, mit dem Strukturwandel in der Landwirtschaft müsse endlich Schluß sein (und sich damit in schönster Übereinstimmung mit den Grünen befindet), dann ist das schlicht Augenwischerei. Denn er fordert damit, einen ganzen Sektor, die Landwirtschaft, aus dieser Wirtschaftsordnung auszuklinken. Das würde zunächst ständig steigende Kosten zur Subventionierung dieses Sektors verlangen - und wäre letztlich doch zum Scheitern verurteilt.

In dieser Situation müssen Lösungsvorschläge erarbeitet werden, die wirklich Hilfen bieten. Ein Konzept mit realisierbaren Handlungsvorschlägen zur Förderung landwirtschaftlicher Genossenschaften, die immerhin eine sinnvolle Alternative zum Kleinbauerndasein wie zum kapitalistischen Großbetrieb sein könnten, wäre zum Beispiel ein Element einer Strategie, agrarstrukturelle Probleme anzugehen.

(-/27.9.1984/ks/rs)

+ + +

